



## Bericht aus Berlin

6 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 6 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

*Peter Götz*

## Aus dem Plenum

### **Euro-Stabilisierung – Fall Portugal**

Die von der Portugiesischen Republik beantragten Hilfen zur Euro-Stabilisierung wurden in dieser Woche sowohl im zuständigen Haushaltsausschuss als auch im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Die EU-Kommission legte dafür zuvor dem Bundesministerium der Finanzen Dokumente zum Hilfsantrag Portugals vor. Um Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus herzustellen, wurden diese EU-Dokumente nach intensiver und kritischer Prüfung durch das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages übermittelt.

Auf Grund ihrer Liquiditätskrise hat die Portugiesische Republik am 7. April 2011 offiziell Finanzhilfe im Rahmen eines gemeinsamen EU-IWF-Programms beantragt. Der Entwurf des Programms wurde von einer Mission von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor Ort mit der portugiesischen Seite ausgehandelt. Vorgesehen ist ein Programm in Höhe von insgesamt 78 Milliarden Euro. Ein Drittel der externen Finanzhilfen sollen durch den IWF, zwei Drittel durch Mittel aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) bereitgestellt werden. Das vorgesehene Hilfspaket soll über drei Jahre bis 2014 laufen. In dieser Periode wird Portugal zwei Jahre lang nicht mehr auf die Kapitalmärkte angewiesen sein.

Im dritten Jahr soll Portugal sukzessive an die Märkte zurückgeführt werden. Die vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen Portugals erstrecken sich zu zwei Dritteln auf Ausgabenenkungen und zu einem Drittel auf Einnahmesteigerungen einschließlich erheblicher Privatisierungsmaßnahmen. Für die Unionsfraktion sind diese Maßnahmen unverzichtbare Voraussetzung für die Hilfe.

### **Sicherungsverwahrung eindeutig vom Strafvollzug abgrenzen**

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche ein Urteil gesprochen, nach dem die Sicherungsverwahrung von schweren Gewalttätern neu gestaltet werden muss. Hierzu erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Andrea Voßhoff, MdB, dass das System der Sicherungsverwahrung nach dem Urteil insoweit erneut reformiert werden muss, dass es klar und eindeutig zum Strafvollzug abgegrenzt wird. Dabei sind, wie das Bundesverfassungsgericht betont hat, Bund und Länder gefordert. Mit den grundlegenden Entscheidungen der letzten Reform war das Bundesverfassungsgericht jedoch einverstanden. Insbesondere das von der Union geforderte und gegen den Widerstand der Justizministerin durchgesetzte Therapie- und Unterbringungsgesetz wird als richtiger Ansatz begrüßt. Für die nun anstehende Neuausgestaltung der Sicherungsverwahrung hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber sehr konkrete Vorgaben gemacht. Das heißt: Sicherungsverwahrung soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich angepasst werden.

**Weitere Informationen: [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)**

### **Wussten Sie schon, ...?**

**... dass der Deutsche Bundestag mit rund drei Millionen Besuchern pro Jahr das meistbesuchte Parlament der Welt ist?**

Rund 30 Millionen Menschen kamen seit dem Umzug nach Berlin im Jahre 1999 aus aller Welt zum Besuch des Bundestages. Sie werden vom Besucherdienst des Bundestages in neun Fremdsprachen – Englisch bis Polnisch – informiert. Als der Bundestag seinen Sitz in Bonn hatte, wurden gerade einmal rund 11,5 Millionen Besucher im Bundeshaus gezählt – in der gesamten Zeit von 1949 bis 1997.

## Nachrichten

### Götz moderiert Kongress: Metropolen – Perspektiven politischer Gestaltungskraft



Auf dem Unionskongress, zu dem Peter Götz als baupolitischer und kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion am 11. Mai eingeladen hatte, wurde über die Entwicklungsmöglichkeiten städtischer Ballungsräume diskutiert. Neben einleitenden Vorträgen des Vorsitzenden der Unions-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, und des Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Henkel wurden auf

einer Podiumsdiskussion verschiedene Aspekte der Stadtentwicklung beleuchtet: die Integrations- und Familienpolitik, die Kinder- und Jugendarbeit sowie das Kultur- und Bildungswesen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Andreas Scheuer, ging unter anderem auf die noch nicht endgültig beschlossene Städtebauförderung im Haushalt 2012 ein.



### Gute Nachrichten für Volksschauspiele Ötigheim

Der mittelbadische CDU-Bundestagsabgeordnete teilt mit, dass die im Zusammenhang mit der Erstattung von Kosten, die durch die Folgen der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung entstehen und die Volksschauspiele Ötigheim sowie zahlreiche Amateurbühnen in Baden-Württemberg vor existenzielle Sorgen gestellt hat, jetzt eine Regelung gefunden werden konnte, die die Zukunft der Amateurbühnen sicherstellt. „Ich freue mich, dass mit der jetzigen Regelung die ursprüngliche Ungleichbehandlung zwischen gewerblichen und nichtgewerblichen Nutzern aufgehoben und ein für alle Seiten tragbares Erstattungsverfahren gestaltet werden konnte,“ so Götz.



### Parlamentarisches Patenschaftsprogramm (PPP) 2012/2013

Ab sofort können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für einen USA-Aufenthalt im Rahmen des PPP-Programms bewerben. Den Bewerbungsflyer mit den detaillierten Informationen zur Bewerbung können im Berliner Bundestagsbüro von Peter Götz MdB angefordert werden: Telefon: 030/227-74928, Fax: 030/227-76862 oder unter: [peter.goetz@bundestag.de](mailto:peter.goetz@bundestag.de).

### Berliner Politik trifft Wirtschaft aus der Region



Auf Einladung von Peter Götz nahm Martina Stoppanski, Chefin des Autohauses Stoppanski, Ettlingen, und Vorsitzende der Wirtschaftsunioren in Karlsruhe am m dies-jährigen „Know-How-Transfer“ in Berlin teil. Der „Know-How-Transfer“ zwischen Politikern und jungen Unternehmern ist ein Projekt der Wirtschaftsunioren Deutschland, eine Vereinigung von jungen Unternehmerinnen und Unternehmern aus

allen Wirtschaftsbe-reichen. In diesem Jahr nahmen rund 200 Wirtschaftsunioren aus ganz Deutschland teil. Eine Woche lang begleitete Frau Stoppanski den mittelbadischen CDU-Bundestagsabgeordneten zu Arbeitsgruppen-sitzungen, Ausschuss-sitzungen, zur Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestags-fraktion und zum Kongress „Metropolen – Perspektiven politischer Gestaltungskraft“.

Darüber hinaus wurde den Wirtschaftsunioren ein Besuch im Bundeskanzleramt und Diskussionen mit Spitzenvertretern aus den einzelnen Fraktionen angeboten.

**Weitere Informationen:**  
[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

## Einige interessante Daten und Fakten...

### Schulen haben umfassenden Bildungsauftrag

Nach einer neuen Allensbach-Studie haben Schulen aus der Sicht der Bevölkerung einen umfassenden Bildungsauftrag. Erwartet wird nicht nur die erfolgreiche Vermittlung von Werten und Persönlichkeitsbildung, wie die Erziehung zu Hilfsbereitschaft (66%) und Teamfähigkeit (64%), Leistungsbereitschaft (65%), Höflichkeit (61%), Selbstbewusstsein (60%) und Disziplin (54%). Die Voraussetzungen, auf die Schulen aufbauen können, werden bereits in hohem Maße in den Elternhäusern gelegt. 74% der Lehrer an Hauptschulen, aber nur 28% der Lehrer an Gymnasien gaben an, dass Eltern sich zu wenig für die schulischen Leistungen ihrer Kinder interessierten. Nur 6% der Lehrer an Hauptschulen und 33% der Lehrer an Gymnasien haben zudem den Eindruck, dass Eltern ihre Kinder fördern und unterstützen, wo immer sie können. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Studie, wie unterschiedlich die Voraussetzungen in den verschiedenen Bundesländern gesehen und erlebt werden. Aus der Sicht der Lehrer

bieten Bayern und Baden-Württemberg mit Abstand die günstigsten Rahmenbedingungen für die Schulen. Auf dem dritten Rang folgt Sachsen. Das Konzept der Ganztagschulen stößt auf eine immer breitere Akzeptanz. Während sich im Jahr 2003 noch 49% der Bevölkerung für und 29% gegen das Modell aussprachen, stehen heute 61% diesem Schultypus positiv gegenüber, während ihn 19% ablehnen. Den größten Vorteil dieses Modells sieht die Bevölkerung in der Entlastung der berufstätigen Eltern (80%). Vorschulische Bildung im Kindergarten wird hingegen zunehmend kritisch beurteilt. Fanden 2007 noch 54% der Bevölkerung, dass bereits im Kindergarten Grundkenntnisse wie Lesen und Schreiben erlernt werden sollten und hielten dies 38% für verfrüht, so sprachen sich 2011 nur noch 42% für und 49% gegen die Vermittlung von Grundkenntnissen wie Lesen und Schreiben aus.

(Quelle: Allensbach-Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung)

### Fortsetzung der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Im Zuge der Frühjahrsbelegung ist die Arbeitslosigkeit im April um 132.000 auf 3.078.000 gesunken. Saisonbereinigt ergibt sich ein Minus von 37.000. Im Vergleich zu 2010 waren im April 321.000 weniger Arbeitslose registriert. Auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben zugelegt und liegen über dem Vorjahresniveau. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im März nach Angaben des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt um 38.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im Februar

saisonbereinigt um 84.000 zugenommen und lag damit im Februar bei 27,93 Millionen Personen, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 699.000 bedeutet. Im Vorjahresvergleich hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung dabei um 457.000 und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung um 239.000 zugenommen.

(Quelle: BfA und Statistisches Bundesamt)